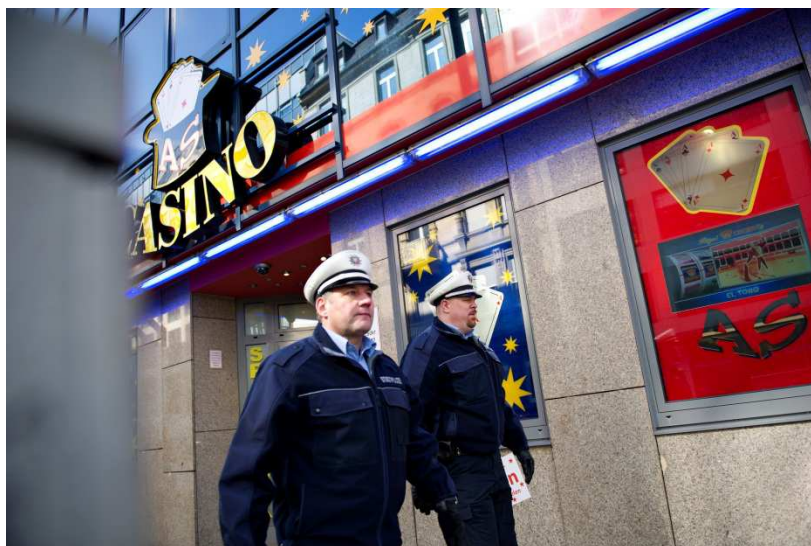


Sicheres Frankfurt

Sicherheitspolitisches Positionspapier





I. Einleitung

Frankfurt am Main ist eine sichere Stadt. Dies belegen Kriminalitätsstatistik und die seit Jahren hohe Zufriedenheit der Frankfurter Bevölkerung. Frankfurt ist auch eine weltoffene und liberale Stadt, in der die freie Entfaltung des Einzelnen durch restriktive Maßnahmen nicht über Gebühr eingeschränkt wird.

Dass in Frankfurt Sicherheit und Ordnung mit individueller Freiheit derart gut in Einklang stehen, ist nicht zuletzt Erfolg der CDU, die in Stadt und Land seit vielen Jahren eine verantwortliche Sicherheitspolitik betreibt.

Sicherheit und Ordnung gehören zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Eine internationale Großstadt wie Frankfurt am Main, die von Vielfalt und vom Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen, von Jung und Alt geprägt ist, bedarf des allseitigen Vertrauens in ein friedliches Miteinander, um ihr Potential als Metropole und Ort urbaner Lebensqualität voll zu entfalten. Sie ist in besonderem Maße darauf angewiesen, dass ihre verschiedenen Kulturen und sozialen Schichten füreinander Respekt, Toleranz und Wertschätzung aufbringen.

Die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten, ist daher eine besonders wichtige staatliche und städtische Aufgabe, der sich die CDU auch in Zukunft stellen wird. Darunter verstehen wir nicht nur die Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, sondern auch die Förderung von Sauberkeit und Ordnung des öffentlichen Raums und des subjektiven Sicherheitsempfindens der Menschen, das städtebauliche Vermeiden von Angsträumen, sowie eine Atmosphäre des allgemeinen Respekts, der Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft.

Nach dem Verständnis der CDU besteht Sicherheitspolitik jedoch nicht allein aus Reglementierung und Kontrolle. Mindestens ebenso wichtig sind für uns die Förderung allgemeiner Einsicht in die Notwendigkeit unserer Rechtsordnung für ein friedliches Miteinander, Maßnahmen der Prävention sowie eine Politik des sozialen Ausgleichs.

Politik kann jedoch nur Rahmenbedingungen setzen und einen Beitrag zu Sicherheit und Ordnung leisten. Dass Frankfurt eine sichere Stadt ist, verdanken wir vor allem den vielen Menschen, die haupt- und ehrenamtlich für die Sicherheit in unserer Stadt arbeiten. Hierzu zählen Landes- und Stadtpolizei, freiwillige Polizeihelfer, Berufs- und Freiwillige Feuerwehren, die Institutionen der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) wie Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter, Rettungshundestaffel, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser und DLRG sowie die Präventions- und Regionalräte. Nicht zuletzt zählen dazu aber auch alle Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Verantwortungsbewusstsein, die bereit sind, spontan zu helfen und zu schützen. Ihnen Allen gebührt unser besonderer Dank!

II. Die Frankfurter Sicherheitsarchitektur

1. Stadtpolizei

Die 2007 gegründete Frankfurter Stadtpolizei hat sich als wichtiger Bestandteil der städtischen Sicherheitsstruktur etabliert und nimmt unerlässliche Aufgaben mit hoher Kompetenz wahr. In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Landespolizei gewährleistet sie ein nahtloses Ineinandergreifen kommunaler und staatlicher Polizeiarbeit und leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zu Frankfurts Sicherheit.

Damit die Stadtpolizei dies auch in Zukunft leisten kann, bedarf es auch weiterhin hoher Ausbildungs- und Ausrüstungsstands, einschließlich der für eine Polizei unerlässlichen Befähigung zum Tragen von Dienstwaffen. Deshalb befürwortet die CDU-Fraktion die sichere und uneingeschränkte Gewährleistung eines den modernen Anforderungen entsprechenden Trainingsbetriebes der Stadtpolizei des Ordnungsamtes sowie die Ausrüstung mit Digitalfunk, der eine noch engere Zusammenarbeit mit Landespolizei und Feuerwehr ermöglichen wird.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der stark wachsenden und internationalen Stadt lassen eine personelle Stärkung der Stadtpolizei wünschenswert erscheinen. Dabei sollte auch die Förderung interkultureller Kompetenz eine wichtige Rolle spielen. Bereits die Erhöhung der Präsenz in Innenstadt und Stadtteilen könnte einen wertvollen Beitrag zur Steigerung objektiver und subjektiver Sicherheit leisten. Auch eine Zusammenlegung der derzeit auf zwei Ämter verteilten Stadtpolizei könnte sinnvoll sein. Sie würde die

Effizienz steigern und die Bürgerinnen und Bürger von unnötigen Verwaltungskosten entlasten.

2. Freiwilliger Polizeidienst

Der Frankfurter Freiwillige Polizeidienst hat sich seit seiner Einführung 2007 bewährt und leistet nach einer jüngst durchgeführten Evaluation einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in unserer Stadt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freiwilligen Polizeidienstes sind meist zu Fuß in den öffentlichen Anlagen unterwegs und dazu ausgebildet, sicherheitsrelevante Situationen rasch zu erkennen, das zuständige Polizeirevier schnell zu informieren oder selbst Hilfe zu leisten. Sie sind an ihren blauen Jacken mit dem Wappen des Landes Hessen und dem Aufdruck "Freiwilliger Polizeidienst" gut zu erkennen und stärken dadurch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Die CDU-Fraktion befürwortet perspektivisch eine Ausweitung des Freiwilligen Polizeidienstes sowie angemessene Maßnahmen, die seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer Arbeit unterstützen. Um das hohe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Qualität der Frankfurter Polizeiarbeit nicht zu gefährden, halten wir es für richtig, auch in Zukunft hohe Anforderungen an die Eignung der Bewerber zu stellen.

3. Brand- und Katastrophenschutz

Frankfurt am Main stellt als Straßen- und Schienenverkehrsknotenpunkt, seinem Flughafen, seiner Funktion als internationale Wirtschaftsmetropole mit Messe, Banken, verarbeitenden und chemischen Industrie sowie angesichts seiner in Deutschland einmaligen Hochhausbebauung besondere Herausforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz. Die Frankfurter Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren sind diesen Herausforderungen dank ihrer außergewöhnlichen Leistungsfähigkeit gewachsen. Das soll so bleiben!

Die CDU-Fraktion wird sich daher auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren ihre Leistungsfähigkeit auf höchstem Niveau halten. Hierzu bedarf es hervorragender Ausrüstung, anspruchsvoller Ausbildung und umfangreicher Trainingsmöglichkeiten.

Wir freuen uns, dass uns die Realisierung des 2013 in Betrieb genommenen Feuerwehr- und Rettungstrainingscenters (FRTC) gelungen ist. Die zügige Einführung des Digitalfunks wird die Leistungsfähigkeit der Frankfurter Feuer-

wehren weiter stärken. Das von der CDU geförderte Taktische Feuerwehrkonzept 2020 (Staffelkonzept) hat sich bereits jetzt bewährt. Es hat bspw. durch die enge Verzahnung von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, die optimierte Wach- und Standortauswahl und die Erhöhung des Erreichungsgrads der Brandschutzziele die Brandschutzarbeit in Frankfurt nochmals deutlich verbessert. Die CDU-Fraktion spricht sich daher dafür aus, das Taktische Feuerwehrkonzept 2020 weiter umzusetzen.

Frankfurts Brandschutz wird auch von Freiwilligen gewährleistet, die einen großen Teil ihrer Freizeit für Bereitschaftsdienst und Einsatz opfern. Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich und die Gewinnung von Nachwuchs bedarf daher besonderer Aufmerksamkeit. Erfreulicherweise haben in Frankfurt aufgrund hervorragender Jugendarbeit in Mini- und Jugendfeuerwehren weder die Freiwilligen Feuerwehren noch die Berufsfeuerwehr Nachwuchssorgen, was Frankfurt von vielen hessischen Kreisen und Gemeinden unterscheidet. Damit dies so bleibt, muss die Jugendarbeit der Frankfurter Feuerwehren weiter gefördert werden. Auch sollte versucht werden, bisher unterrepräsentierte Bevölkerungskreise wie bspw. Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund für den Feuerwehrberuf zu begeistern. Dazu können Modellprojekte der Stadtjugendfeuerwehr zur Brandschutzzerziehung an Schulen einen wertvollen Beitrag leisten.

4. Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen

Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter Unfallhilfe, Rettungshundestaffel, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst und die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft haben sich mit den Frankfurter Feuerwehren vor Jahren zur Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) zusammengeschlossen. Die AGFH ist ein bundesweit einmaliger Verbund und die partnerschaftliche Zusammenarbeit dieser Hilfsorganisationen fördert die Sicherheit der Stadt in besonderem Maße. Die Unterstützung der AGFH hat für die CDU-Fraktion einen besonders hohen Stellenwert.

5. Prävention

Präventionsarbeit ist vorausschauende Sicherheitspolitik und jede verhinderte Straftat ein sicherheitspolitischer Erfolg.

Bereits im Oktober 1997 haben der Frankfurter Präventionsrat und das Polizeipräsidium eine Kampagne mit dem Titel „Gewalt-Sehen-Helfen“ ins Leben gerufen, um den Menschen Hilfe beim Helfen zu geben und dadurch Zivilcourage und Solidarität in unserer Stadt zu fördern. Der Erfolg der Kampagne "Gewalt-Sehen-Helfen" war so groß, dass sie heute als Vorbild für weitere Kampagnen wie bspw. die auf bestimmte Zielgruppen zugeschnittene Konzepte "cool sein-cool-bleiben" und "PIT" (Prävention im Team an Frankfurter Schulen) dient.

Die 16 lokalen Frankfurter Regionalräte leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und die Förderung des sozialen Friedens in den Stadtteilen und bilden zusammen mit den Facharbeitskreisen ein kriminalpräventives Frühwarnsystem, das es der Frankfurter Sicherheitspolitik erlaubt, frühzeitig Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Die CDU-Fraktion dankt daher dem Frankfurter Präventionsrat und den Regionalräten für ihr vorbildliches Engagement.

Durch das Haus des Jugendrechts im Frankfurter Westen wurde die behördenübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Jugendkriminalität deutlich verbessert. Die damit einhergehende Verfahrensbeschleunigung lässt Jugendliche den Ursachenzusammenhang zwischen ihrem Fehlverhalten und dessen rechtlicher Folgen besser erkennen und entfaltet dadurch eine präventive Wirkung. Die CDU-Fraktion begrüßt daher die Errichtung des Haus des Jugendrechts im Frankfurter Norden.

In Anbetracht der großen Erfolge der Frankfurter Präventionsarbeit spricht sich die CDU-Fraktion für deren Ausweitung aus und unterstützt die Forderungen nach weiteren Maßnahmen. Bspw. hat die vom Präventionsrat 2012 durchgeführte Seniorenbefragung gezeigt, dass die Politik auf die besonderen Sicherheitsbedürfnisse älterer Menschen reagieren muss. Die CDU-Fraktion spricht sich daher für eine Seniorensicherheitsberatung aus und empfiehlt zur Förderung des Respekts zwischen den Generationen eine stadtweite Kampagne mit dem Titel „Respekt gegenüber Jung und Alt“. Auch sollten Planungs- und Wohnungspolitik immer auch Belange der Prävention berücksichtigen. Neue Bauvorhaben dürfen keine neuen Angsträume schaffen.

6. Zusammenarbeit mit den Landesbehörden

Städtische und landesweite Sicherheitspolitik müssen Hand in Hand gehen. Die CDU-Fraktion bedankt sich für die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Landespolizei und städtischen Sicherheitsbehörden und für die regelmäßige Unterrichtung der Frankfurter Stadtverordneten durch die Landespolizei über aktuelle Sicherheitslagen.

III. Sicherheitspolitischer Ausblick

Die täglichen Nachrichten erinnern uns daran, dass öffentliche Sicherheit leider nicht selbstverständlich ist und dass die Sicherheitspolitik vor immer neue Herausforderungen gestellt wird. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Frankfurt diesen Herausforderungen auch in Zukunft gerecht wird und nimmt insbesondere die folgenden sicherheitspolitischen Positionen ein:

1. Kampf gegen Extremismus

Die CDU-Fraktion lehnt jede Form von Extremismus ab. Denn jede Form des Extremismus, sei sie politisch links oder rechts, religiös, kulturell oder anders motiviert, bedroht den Frieden und die Sicherheit unserer Gesellschaft. Und jede Art von Extremismus nimmt an Bedrohung zu, wenn man ihr nicht rechtzeitig entgegen tritt. Daher verdienen nach Ansicht der CDU-Fraktion alle Formen des Extremismus gleichermaßen hohe Aufmerksamkeit und konsequente Bekämpfung.

Leider stellt uns der islamistische Extremismus derzeit vor besondere Herausforderungen. Selbstverständlich dürfen wir unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht unter Generalverdacht stellen oder sie gar für das Handeln Einzelner verantwortlich machen. Aber wir dürfen ihre Unterstützung bei der Verteidigung unseres Rechtsstaats und der freiheitlich demokratischen Grundordnung unserer Gesellschaft einfordern. Wir sind überzeugt, dass jede Toleranz gegenüber religiösem Extremismus schädlich wäre und dass insbesondere das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religionen und die gegenseitige Akzeptanz es erfordern, dass Alle mit gleichem Maß gemessen werden. Das Fehlverhalten Einzelner darf daher nicht mit Verweis auf deren Religionszugehörigkeit relativiert oder gar entschuldigt werden. Auch halten wir es für erforderlich, einer Ausbreitung des Islamismus in unserer Stadt präventiv entgegen zu wirken und Parallelgesellschaften konsequent aufzubrechen. Hierbei sind wir auch auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz angewiesen.

Die islamistischen Rekrutierungserfolge an Frankfurter Schulen zeigen, dass die Anstrengungen zur Deradikalisierung von Jugendlichen und die Früherkennung extremistischer Umtriebe verstärkt werden müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schulen und Sozialeinrichtungen müssen sensibilisiert und fortgebildet werden, damit sie lernen, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und in der Lage sind, die Sicherheitsbehörden zu informieren.

Die muslimischen Gemeinden in unserer Stadt bitten wir eindringlich, so wie es bei vielen schon geschieht, ihre Religion vor der Vereinnahmung durch Extremisten zu schützen und Salafisten und anderen extremistischen Gruppierungen in den eigenen Reihen entschieden entgegen zu treten. Die Stadt sollte die muslimischen Gemeinden beim Aufbau einer geeigneten Jugendarbeit unterstützen, um eine Verführung Jugendlicher durch vermeintlich attraktive extremistische Angebote zu verhindern.

2. Verringerung von Gewalt und Vandalismus

Die CDU-Fraktion ist besorgt über die zunehmende Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten. Die Frankfurter Polizei hat sich in den vergangenen Jahren durch ein besonderes Maß an Besonnenheit und Verhältnismäßigkeit beim Einsatz repressiver Mittel ausgezeichnet. Dies verdient unseren Dank und unsere Wertschätzung.

Die CDU-Fraktion ist auch besorgt über die zunehmende Gewalt gegen Sachen und Vandalismus. Dies ist oft Ausdruck einer Verrohung der betreffenden Täter, die nicht selten Ankündigung schlimmerer Straftaten ist. Auch verdienen es die Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, sie vor Vandalismus zu schützen, auch deswegen, weil sie als Steuerzahler täglich hart arbeiten, um der Stadt Einrichtung und Pflege öffentlicher Anlagen und Einrichtungen zu ermöglichen. Gewalt gegen Sachen und Vandalismus dürfen daher keinesfalls verharmlost werden, sondern sollten auch im Interesse wirksamer Prävention konsequent geahndet werden.

3. Bewältigung von Armutseinwanderung

Die im Zusammenhang mit der zunehmenden Armutseinwanderung festzustellenden Probleme sind von der Stadt Frankfurt nicht alleine zu lösen. Die CDU-Fraktion begrüßt den vom Magistrat eingeschlagenen Weg, ordnungsrechtliche mit sozialpolitischen Maßnahmen zu kombinieren und durch enge Abstimmung wie bspw. im Rahmen des dezernats- und behördenübergreifenden „Runden Tisches“ das für Frankfurt Mögliche zu leisten. Wir sehen aber

auch Land und Bund in der Pflicht, den Kommunen bei dieser schwierigen Aufgabe zu helfen.

4. Weiterentwicklung der Gefahrenabwehrverordnung

Es ist eine zentrale Aufgabe kommunaler Sicherheitspolitik, die Sicherheitskräfte mit der erforderlichen rechtlichen Handhabe auszustatten. Das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) erlaubt den Gemeinden hierzu den Erlass von Gefahrenabwehrverordnungen.

Die Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Frankfurt am Main hat sich bewährt und ermöglicht Polizei- und Ordnungskräften in vielen Fällen Missständen bereits entgegen zu wirken, bevor Straftaten begangen werden. Dies gilt bspw. für das nunmehr verbotene aggressive Betteln.

Die geltende Gefahrenabwehrverordnung sollte regelmäßig überprüft und aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Hierbei müssen zunehmend problematische Erscheinungen, wie bspw. der Alkoholkonsum im öffentlichen Raum sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln und das lagernde Betteln an Hauseingängen, Thema werden.

5. Nutzung moderner Videotechnik

Erfahrungen zeigen, dass bereits die Gegenwart von Videotechnik Straftaten verhindern kann. Zudem helfen Videoinstallationen bei der Aufklärung von Straftaten und helfen Opfern bei der Durchsetzung von Schmerzensgeld- und Schadensersatzansprüchen.

Die CDU-Fraktion hält daher den verantwortungsvollen, ggf. auch befristeten, Ausbau von Videotechnik an Gefahrenschwerpunkten für richtig. Dabei ist darauf zu achten, dass Videoinstallationen gut erkennbar sind. Dies steigert ihre präventive Wirkung und dient der Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht unerkannt beobachtet fühlen sollen. Auch sind hohe Anforderungen an den Datenschutz zu stellen und Aufzeichnungen nach angemessener Zeit zuverlässig zu löschen.

6. Förderung einer fairen Demonstrationskultur

Frankfurt am Main ist eine weltoffene und liberale Stadt und besitzt eine besondere demokratische Geschichte. Die Frankfurterinnen und Frankfurter haben oft bewiesen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung in Frankfurt zu

Hause ist und dass auch die Kundgabe stark abweichender Meinungen akzeptiert wird, sofern sie gewaltfrei stattfindet.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Frankfurterinnen und Frankfurter in diesem Anliegen und wird sich gemeinsam mit Magistrat und den Sicherheits- und Ordnungsbehörden auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Menschen in dieser Stadt von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung ungehindert Gebrauch machen können. Nach unserer Überzeugung obliegt es in einer rechtsstaatlichen Gesellschaft ausschließlich den Gerichten und nicht etwa dem Einzelnen, darüber zu entscheiden, ob die Meinung Andersdenkender vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt ist oder nicht.

Da das Recht auf freie Meinungsäußerung jedoch stets mit anderen Grundrechten in Einklang zu bringen ist, lehnt die CDU-Fraktion jeden Missbrauch des Demonstrationsrechts ab. Für die freie Meinungsäußerung ist es nicht erforderlich, andere in ihren Freiheiten einzuschränken. Dauerbesetzungen des öffentlichen Raums, wie durch das Occupy-Camp oder Versuche einer Blockade der Frankfurter Innenstadt 2012 durch Blockupy, sind den Menschen in dieser Stadt nicht zuzumuten und dürfen daher nicht geduldet werden.

Erst recht nicht hinnehmbar sind Gewaltexzesse wie sie anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank am 18. März 2015 unsere Stadt erschüttert haben. Wir werden Organisationen, die das Demonstrationsrecht derartig missbrauchen und sich nicht hinreichend von solcher Gewalt gegen Menschen und Sachen distanzieren, entschieden entgegentreten. Eine Prüfung gesetzlicher Neuregelungen, insbesondere zum Schutz von Polizistinnen und Polizisten sowie Rettungskräften im Einsatz, hält die CDU-Fraktion für richtig.

7. Verantwortungsvoller Umgang mit Spielhallen und Glücksspiel

Erfahrungen zeigen, dass die geographische Häufung von Spielhallen und Glücksspiel eine Abwärtsdynamik in Gang setzen kann, die dazu geeignet ist, einem Stadtteil nachhaltig zu schaden. Die Stadt Frankfurt am Main hat daher beschlossen, die Ansiedelung von Spielhallen nicht dem Zufall zu überlassen und Neuzulassungen restriktiv zu handhaben. Die CDU-Fraktion unterstützt diesen Weg und regt an, die Möglichkeiten des Hessischen Spielhallengesetzes dabei konsequent zu nutzen.

8. „Sauberes Frankfurt“

Die Sauberkeit des öffentlichen Raums steigert die Lebensqualität und die Familienfreundlichkeit unserer Stadt. Nur wenige Familien haben Zugang zu

einem eigenen Garten. Für die meisten Frankfurterinnen und Frankfurter ist es daher besonders wichtig, dass sie mit ihren Familien gepflegte Grünanlagen aufsuchen können. Der öffentliche Raum gehört allen und verdient respektvolle und schonende Behandlung. Niemand hat das Recht, die Attraktivität des öffentlichen Raums durch egoistische und schonungslose Nutzung zu beeinträchtigen.

Die Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“ hat sich in den letzten Jahren um die Stärkung dieses Bewusstseins sehr verdient gemacht. Die CDU-Fraktion dankt ihr ganz herzlich dafür und unterstützt sie bei ihrer Arbeit.

Frankfurt am Main, 22. April 2015

* * *



CDU-Stadtverordnetenfraktion, Bethmannstraße 3, 60311 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 1387280, Fax 069 / 291355, e-mail: info@cdu-fraktion.frankfurt.de

Bildnachweis Titelseite: dpa